

Enztal-Blote

Amtsblatt für Wildbad

Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags.
 Bezugspreis Mk. 3.50 vierteljährlich, Mk. 1.10 monatlich;
 durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr Mk. 3.80,
 im sonst. inländischen Verkehr Mk. 3.40 u. 80 Pf. Postbestellg.

Anzeigenpreis: die einspaltige Zeile über deren
 Raum 25 Pfg., auswärts 25 Pfg., Reklamezeilen
 50 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
 Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Anzeigenannahme in Wildbad in der Expedition Wilhelmstraße 99; in Calmbach Hauptstraße 100, Fernsprecher Nr. 88.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei

Schriftl.: Th. S. a. f., beide in Wildbad.

Nr. 275

Mittwoch, 3. Dezember 1919

Jahrgang 53

Die Lage in Aegypten.

Dem „Hamb. Fremdenbl.“ wird aus Kairo geschrieben: Hoffentlich bringen diese Zeiten gütlich durch die strenge Postsperrung der Engländer, die mit aller Gewalt verhindern wollen, daß man in Europa die volle Wahrheit über die Zustände in Aegypten erfährt. Das unter dem britischen Joch nach jahrzehntelanger Gewöhnung allmählich und stumpf gewordene Volk hat sich endlich aufgerafft. Wenn es auch vorläufig noch an einer einheitlichen Führung der erregten Massen mangelt, so muß man doch in den Städten Kairo und Alexandria unbedingt von dem Ausbruch einer Revolution gegen die englische Vormächtigkeitspolitik reden.

Seitlich hätte es schon lange und bereits im April drohten die bisher gewaltsam unterdrückten Unruhen einen immer gefährlicheren Charakter anzunehmen. Damals kam es auf einer Sitzung, die der Madir (Oberpräsident) der Provinz Gizah leitete, und der zahlreiche Notable des Landes bewohnten, zu bitteren Klagen über die empörenden Grausamkeiten der angeblich für Menschenrechte kämpfenden Engländer. In den Orten Embabeh, Azizieh, Bedrachein, Kaszet el Chohal hatten britische Soldaten Wohnstätten der Bevölkerung verbrannt, Männer ohne richterlichen Urteilspruch niedergeschlagen, Frauen vergewaltigt, Felder verwüstet und bewegliches Eigentum der Bewohner gestohlen. Und warum das? Angeblich zur Strafe für Verstöße an Eisenbahnen! Nicht Raubluft hatte die Leute dazu getrieben, sondern nur der Wunsch, zu beweisen, daß das geknechtete Volk sich nicht mehr alles bieten lassen will, sondern verlangt, daß seine Stimme gehört wird.

Dazu kam vor allem noch die Erbitterung über die schamlose Veringsgänzung, mit der man in Paris die ägyptische Sondergesetzgebung unter Saad Zaglul behandelt hatte. Wilson, der seine Grundzüge nur innehält, wenn es ihm in seinen Aram-papst, wird hier ebenso verachtet und gehöht, wie die Engländer, und seit die italienische Regierung sich mit dem Protektorat Großbritanniens über Aegypten einverstanden erklärt hat, sind auch die hier zahlreich lebenden Italiener ihrer Haut nicht mehr sicher.

Die ganze Wut der Nationalistenpartei wendet sich gegen den ägyptischen Ministerpräsidenten, in dem man nur ein gefügiges Werkzeug der Engländer sieht. Und das mit Recht. Sein Vorgänger, Ruchdi Pascha, der allerdings auch stillschweigend das englische Protektorat anerkannt hatte, legte sein Amt nieder, besonders weil sein Entwurf einer ägyptischen Verfassung nicht die Billigung des „hohen Protektors“ fand und er einem von Sir William Brunyate, Beirat im Justizministerium, ausgearbeiteten Projekt über Verfassungsformen im Lande nicht zustimmen zu können glaubte. Nun kam Ruchdi Pascha, der bereits einmal im Jahr 1910, nach der Ermordung Butros Paschas durch den Pharmazeuten Wardani, Ministerpräsident gewesen war, wieder aus Aegypten. Aus dem ursprünglich glühenden Patrioten war ein feines Werkzeug der Engländer geworden, der jede nationale Bewegung mit allen Mitteln zu unterdrücken wußte. Im Jahr 1914 trat er von seinem Posten zurück.

Aber Unkraut vergeht nicht! Im November 1918 begann er plötzlich wieder eine Rolle zu spielen im politischen Leben Aegyptens und wurde von dem Scheich Sultan von Englands Gnaden abermals zum Ministerpräsidenten ernannt. Um die Lebensfrage seines Landes — die Entfernung der Engländer — kümmerte er sich nicht. Sollte diese doch angeblich auf dem Friedenskongreß gelöst werden!

Da sucht das Volk selbst Geltung seiner berechtigten Forderungen zu verschaffen. Zunächst für ihn die Studenten der athenwürdigen Al-Azhar-Universität zu Tausenden. Auf einen von ihnen veranstalteten ganz friedlichen Demonstrationenzug feuerten die englischen Truppen. Tote, Verwundete, waffenhafte Verbände, Gefangnisstrafen! Gegen diese Schlägereien erhoben sich die Mütter und Frauen in klugen Manifestationen. Abermals gewalttätige Unterdrückung durch die britischen Kulturträger. Nun griff der Streik über auf weitere Kreise, und als man dann sogar auf die zum Weibe in die Moscheen erfinden Gläubigen geschossen hatte, da zerstörte das Volk die Eisenbahnlinien und Telegraphenleitungen. Seit diesen Tagen folgt eine britische Schand-

tat der andern, ähnlich den Brutaltäten ohne Grenzen, wie sie in Agypten verübt und vordringend geschildert worden sind. Die Wut des Volks gegen den Ministerpräsidenten entzündete sich in einem Attentat. Besonders in Alexandria sah es zu heftigen Kämpfen, bei denen viele Polizeiofficiere verwundet oder getötet wurden. Wo englische Militär sich zeigt, wird es mit einem Hagel von Steinen begrüßt. Die Empörung der Bevölkerung ist bis zur Siedehitze gesteigert.

Wollte ich auf alle die grauenerregenden Einzelheiten eingehen, ich müßte tagelang schreiben. Die Hoffnung, daß Aegypten noch einmal frei von seinen Bedrückern werden wird, habe ich aufgegeben. Macht geht vor Recht. Aber eines ist wenigstens erreicht: Die Engländer wissen jetzt, was sie vom ägyptischen Volk, das sie in seiner Vaterlandsliebe und Tapferkeit stark unterschätzten, noch zu erwarten haben.

Die englische Regierung hat die Befahungsgruppen in Aegypten von 1 auf 4 Divisionen verstärkt.

Neues vom Tage.

Die Uebernahme der Eisenbahnen.

Berlin, 1. Dez. Zu der Meldung von der beabsichtigten Uebernahme der Eisenbahnen durch das Reich zum 1. April nächsten Jahres, hat zu dem ursprünglich in Aussicht genommenen Zeitpunkt am 1. April 1921, wird von maßgebender Seite erklärt: Ob die vorzeitige Uebernahme tatsächlich erfolgt, hängt von einer ganzen Reihe von Voraussetzungen ab. Das Reichskabinett hat vorläufig eine Untersuchung angeordnet, ob die Uebernahme der Eisenbahnen zum 1. April 1920 möglich ist. Voransetzung für den Besitzwechsel ist vor allem die Zustimmung der einzelnen Landesvertretungen. Diese Zustimmung ist nur dann zu erwarten, wenn es gelingt eine Einigung über die Vertragsbestimmungen, insbesondere über die Bezahlung des Kaufpreises und die Sicherstellung der Interessen des Personals und über die Verkehrsfragen im allgemeinen zu erzielen. Endlich muß dafür Gewähr geschaffen werden, daß eine wirkliche Einheit des deutschen Verkehrsverkehrs auch durchgeführt wird. Die Hauptfrage ist nun, ob es möglich sein wird, diese Einigung so rechtzeitig zu erzielen, daß die Uebernahme tatsächlich am 1. April 1920 erfolgen kann.

Verammlung des deutschen Beamtenbunds.

Berlin, 1. Dez. Gestern tagte in Berlin der Verband deutscher Beamtenvereine, der 370 Vereine mit über einer halben Million Mitgliedern umfaßt und der sich kürzlich in den Deutschen Beamtenwirtschaftsbund umwandelte. Der Reichsminister des Innern, Koch, überbrachte die Grüße der Reichsregierung und führte aus, man habe der Beamenschaft den Vorwurf gemacht, daß sie nach der Revolution auf ihrem Posten geblieben sei. Sie verdiene im Gegenteil dafür Dank, denn nur dadurch sei eine Katastrophe vermieden worden. Den Beamten dürften ihre alten Rechte nicht verkürzt werden und zu den alten werden neue kommen müssen. Allerdings dürften die Beamten keine Katastrophenpolitik treiben. Ein Streikrecht wie bei den Arbeitern könne es bei der deutschen Beamenschaft nicht geben. Der Vereinerung der Beamenschaft vorzubringen, sei die Regierung bemüht. Sie wünsche die Wohnungsfrage energisch zu bearbeiten. Aber neben der Hilfe durch Staat und Reich müsse auch die Selbsthilfe einsetzen und deshalb begrüße er die Errichtung des Beamtenwirtschaftsbunds. In einer einstimmig angenommenen Entschliessung wurde neben einer durchgehenden Besoldungsreform die Forderung aufgestellt, daß die Beamten künftig auch als Wirtschaftsorganisation an der Entscheidung aller volkswirtschaftlich bedeutungsvollen Fragen beteiligt werden.

Was ist Wahrheit?

Berlin, 1. Dez. Die halbantitische „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldete gestern aus Athen, die der Reichsregierung nahesteht, die Regierung werde der heftigsten Forderung auf Auslieferung von 40000 Tonnen Schwimmbüchsen usw. nachgegeben. Die „D. Allg. Ztg.“ dagegen erfährt, diese Mitteilung entspreche nicht den Absichten der Regierung.

Einwohnerwehren.

Berlin, 1. Dez. Der „Vorwärts“ fordert die Parteigenossen zum Eintritt in die Einwohnerwehren auf. Die Reaktion solle den Belagerungsstand aufheben

und die auf den Krieg bezüglichen Dokumente veröffentlichen. Im ganzen Reich sollen Versammlungen gegen die Reaktion abgehalten werden.

Berlin, 1. Dez. Zu einem Aufruf an die Arbeiter im „Vorwärts“: „Nun in die Einwohnerwehren!“ fragt die „Kreuzzeitung“: Will die Sozialdemokratie eine rote Armee bilden? Wie es scheint, soll der Belagerungsstand aufgehoben werden, um die Spararbeiten und die Agitation für eine solche rote Armee ungehindert in die Wege leiten zu können.

Der Parteitag der Unabhängigen.

Leipzig, 1. Dez. Der außerordentliche Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wurde gestern abend im Leipziger Volkshaus durch Crispian eröffnet. Anwesend sind zahlreiche Beauftragte aus Deutschland, Österreich, Schweden, Dänemark und Rumänien. Crispian erklärte, daß eine Einigung zwischen der Partei der Rote-Sozialisten und dem klassenbewußten Proletariat unmöglich sei. Die heutige Gesellschaft habe keine Parteienberechtigung mehr. Sie müsse und werde überwinden werden vom Sozialismus. Als Vorsitzende wurden gewählt Dittmann-Berlin, Lipinski-Leipzig und Braß-Kemscheid. Ferner wurden vier Schriftführer gewählt. Es folgten Begrüßungsansprachen der ausländischen Beauftragten. Von den französischen und italienischen Organisationen sind Kundgebungen eingegangen.

Der Streik in Bitterfeld.

Berlin, 1. Dez. Reichswehrminister Roste erklärte, über die Zurückziehung der Truppen und die Aufhebung des Belagerungsstands in Bitterfeld könne erst verhandelt werden, wenn wieder vollständige Ruhe herrsche und die Arbeit wieder aufgenommen werde.

Krawalle auf der Vulkanwerft.

Hamburg, 1. Dez. Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter des Werks Sagebiel der Vulkanwerft sind in den Streik eingetreten. Eine Versammlung auf dem Werk wurde durch einige hundert Radikale gestört. Es kam zu schweren Gewalttätigkeiten, wobei großer Schaden an den Betriebsrichtungen angerichtet wurde. Das Werk wurde heute geschlossen; alle Arbeiter sind entlassen.

Geiprengte Versammlung.

Königsberg, 1. Dez. Eine von der Friedensgesellschaft einberufene öffentliche Versammlung wurde von den deutschnationalen Studenten unter lebhaften Lärmzügen gesprengt. Der Redner, Dr. Quidde, wurde am Weiterreden verhindert.

Neue Drohung.

Königsberg, 1. Dez. Der Vorsitzende der feindlichen Ueberwachungskommission für das Baltikum, der französische General Kieffel, teilte dem deutschen Admiral Soppmann mit, Truppen des Alvaow-Bermontischen Korps haben gegen die Offiziere der Ueberwachungskommission in Memel Drohungen ausgesprochen. Wenn es in Memel zu Zwischenfällen kommen sollte, so werde die verbündete Flotte die Stadt bombardieren. Admiral Soppmann protestierte gegen die Androhung Kieffels, die nach dem Völkerecht und dem Waffenstillstandsvertrag unzulässig sei. Die Kommission solle ihre Tätigkeit auf die Ueberwachung der Nahrung des Baltikums beschränken; die Aufrechterhaltung der Ordnung auf deutschem Boden sei eine Sache, die nur die Deutschen anuche.

Döpreußen bedroht.

Königsberg, 1. Dez. Der Ostdeutsche Heimatdienst richtete an den preussischen Ministerpräsidenten telegraphisch das Ersuchen, Maßnahmen zum Schutz der ostdeutschen Grenze vor einfallenden Banden zu treffen. Eine Verweigerung militärischer Hilfe würde die Ruhe und Ordnung im Innern der Provinz gefährden und, abgesehen von allem anderen, auch die Existenz Ostpreußens bedrohen.

Die „Erleichterungen“ der Blockade.

Berlin, 1. Dez. Zu der Ostseeblockade teilen verschiedene Morgenblätter mit, daß die Erleichterungen sich bis jetzt vollständig vermissen lassen. Die Ansicht des Verbands scheint vor allem darauf hinzuweisen, die Erzeinfuhr abzusperren. In Schweden liegen große Erzmengen zur Einfuhr nach Deutschland bereit.

Der polnische Resident in Danzig.

Berlin, 1. Dez. Die polnische Regierung ernannte den Starosten (Bürgermeister) von Krakau, Dr. Martin Biesiadecki, zum Residenten der Republik Polen im Freistaat Danzig.

